

II-4097 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2024 75

1982-07-08

A N F R A G E

der Abgeordneten DVW. JOSSECK, DKFM. BAUER  
an den Herrn Bundesminister für Finanzen  
betreffend Grenzübergänge zur BRD - Öffnungszeiten

Der Gemeinderat von Schardenberg, Bezirk Schärding, hat sich kürzlich mit einer Resolution gegen die seitens der bundesdeutschen Zollbehörden beabsichtigte Herabsetzung der Öffnungszeiten an verschiedenen Grenzübergängen gewandt. Dem Vernehmen nach soll der Grenzabfertigungsdienst künftig statt um 5 Uhr früh erst um 7 Uhr beginnen und statt um 1 Uhr nachts schon um 22 Uhr enden.

In der gegenständlichen Resolution wird u.a. folgendes ausgeführt:

"Viele Pendler aus den Einzugsgebieten der Gemeinden Schardenberg, Freinberg, Münzkirchen, Rainbach, St. Roman usw. müssen täglich die für eine Reduzierung der Öffnungszeiten in Aussicht genommenen Grenzübergänge passieren, da sie im Raum Passau ihren Arbeitsplatz haben. Da die Arbeitszeit für die Pendler - ausgenommen die Schichtarbeiter - um 7 Uhr beginnt, besteht für diese keine Möglichkeit, in der Früh diese Grenzübergänge zu benutzen. Sie wären dann gezwungen, auf andere Grenzübergänge auszuweichen und müßten dort zudem noch infolge Überlastung längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Abgesehen von den Umwegen ist im Winter für manche Ortschaftsbewohner die Benützung anderer Grenzübergangsstellen gar nicht möglich, weil die Gemeinden gar nicht in der Lage sind, auch in den entlegensten Ortschaften die Schneeräumung und Streuung der Straßen und Ortschaftswege schon so früh durchzuführen. Das rechtzeitige Erreichen des Arbeitsplatzes im Winter wäre somit für viele Pendler in Frage gestellt.

- 2 -

Die Herabsetzung der Öffnungszeiten würde aber auch für den Fremdenverkehr einen ganz großen Nachteil bringen. In unmittelbarer Grenznähe befinden sich gut geführte und zum überwiegenden Teil von Gästen aus Passau besuchte Gasthöfe. Eine Existenzgefährdung wäre hier nicht auszuschließen, sollte sich die Absicht der deutschen Behörden durchsetzen.

Besonders müssen wir in diesem Zusammenhang auch auf die kulturellen Belange der Bevölkerung hinweisen. Die Stadt Passau hat viele auf diesem Gebiet zu bieten. Wir möchten hier nur auf die Europäischen Wochen und die Theatergästierungen (Aufführungen) hinweisen.

Da wir in der Grenzregion wohnen und auf keine kulturellen Angebote, wie sie die Stadt Passau hat, zurückgreifen können, bleibt uns eben nur der Weg ins benachbarte Passau."

Unter Bezugnahme darauf richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

1. Wurden die österreichischen Zollbehörden von der hier in Rede stehenden Absicht der bundesdeutschen Seite bereits offiziell in Kenntnis gesetzt?
2. Wird es in der gegenständlichen Frage noch bilaterale Kontakte geben - und, wenn ja, wird man sich österreichischerseits bemühen, auf eine Beibehaltung der bisherigen Öffnungszeiten hinzuwirken?
3. Besteht in diesem Zusammenhang die Absicht, das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten einzuschalten?